

AVJ

# NORDSPITZE

DAS MAGAZIN DER NORDDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Gratisfotos von Polizei und Feuerwehr

## Staatliche Konkurrenz für freie Fotografen



### TARIFE

Mehrere Warnstreiks  
im hohen Norden

### PORTRÄT

Der Filmemacher  
Wilfried Hauke

### INTERVIEW

Hamburgs Datenschützer  
Johannes Caspar

# IMPRESSUM

Die DJV NORDSPITZE  
erscheint viermal im Jahr

## HERAUSGEBER

DJV-Landesverbände  
Bremen e.V., Regine Suling  
(Vorsitzende), Hamburg e.V., Marina  
Friedt (Vorsitzende), Schleswig-  
Holstein e.V., Arnold Petersen  
(Vorsitzender), V.i.S.d.P. sind die drei  
Landesvorsitzenden

## VERLAG

HEY + HOFFMANN Verlag  
GmbH & Co. KG  
Gertrudenkirchhof 10  
20095 Hamburg  
Tel. 040/3742360-0  
www.hey-hoffmann.de

## REDAKTION

DJV, Rödingsmarkt 52,  
20459 Hamburg  
Tel. 040/3697 100  
Leitung: Claudia Piuntek,  
info@ideenwerker.com  
Bremen: Florian Vollmers,  
kontakt@florian-vollmers.de  
Schleswig-Holstein:  
Sabine Spatzek,  
sabspatzek@aol.com

## AUTOREN/MITARBEIT

Florian Büh  
Kai Dordowsky  
Stefan Endter  
Marina Friedt  
Renata Green  
Peter Meier-Hüsing  
Arnold Petersen (pet)  
Claudia Piuntek (cp)  
Sabine Spatzek  
Regine Suling  
Florian Vollmers  
Dr. Anja Westheuser

## SCHLUSSREDAKTION

Sabine Spatzek  
Regine Suling

## COVERFOTO

Foto: Florian Büh/Gutes-Foto.de

## ART DIRECTION

KRAVCOV HEY/HOFFMANN

## ANZEIGEN

DJV Hamburg  
Kirsten Stange  
Telefon 040 - 36 97 100  
stange@djv-hamburg.de

## DRUCK

Compact Media KG  
Ferdinandstraße 29-33  
20095 Hamburg

## BEZUG

Einzelheft 1,55 Euro.  
Für Mitglieder ist der Heftpreis im  
Mitgliedsbeitrag enthalten

ISSN 1863-5709

© DJV.  
Alle Rechte vorbehalten.



Foto: Ljwe Paesler

**5** Warnstreik in Kiel, weil es noch immer keinen Gehaltsabschluss für Redakteure gibt

## ■ AKTUELLES

### 04 Meine Meinung

Was uns in der Sommerpause  
zum Nachdenken anregen soll

### 04 Funke-Mediengruppe

Blockadehaltung des Verlags  
sorgt für Unverständnis

### 05 Tarife-Hängepartie

Viele Warnstreiks im Norden,  
Urabstimmung eingeleitet

### 05 Arbeitszeiterfassung

Kampagne „Ich arbeite 100 Prozent“  
in Norddeutschland gestartet

### 06 Radio Hamburg

Geschäftsführer mauern,  
kein Haustarif in Sicht

### 06 Magazin Neon

Print-Ausgabe eingestellt,  
digital geht es weiter

### 06 Computer Bild

Verlag sperrt sich gegen  
Haustarif für Mitarbeiter

### 06 Drei Fragen an...

Sahar Raza, Medienschaffende  
mit afghanischen Wurzeln

### 07 Namen und Nachrichten

News zu Jobwechsellern, neuen  
Projekten und verstorbenen Kollegen

## ■ TITEL

### 08 Staatliche Konkurrenz

Wie Polizei und Feuerwehr freien  
Fotografen das Wasser abgraben

## ■ PORTRÄT

### 11 Wilfried Hauke

Filmemacher mit Faible für  
Künstler, Küsten, Königinnen



Foto: Stephan Wallocha

**G20 und DSGVO: Interview mit dem  
Datenschützer Johannes Caspar**

**INTERVIEW****12 Johannes Caspar**

Über Datenpannen und die  
Datenschutzgrundverordnung

**INTERN****14 DJV Hamburg**

Rückblick auf Vorstandswahlen,  
Mitgliederversammlung im August

**14 Kieler Nachrichten**

Keine Wanzen entdeckt,  
Ermittlungen eingestellt

**15 DJV Bremen**

Mitglieder tauschten sich  
über den Datenschutz aus

**15 DJV Schleswig-Holstein**

Wahlen, Streiks, Strukturdebatte  
auf der Mitgliederversammlung

**15 ARD-Freienkongress**

Bremer Resolution zur Lage  
der Freiberufler verabschiedet

**16 Netzwerktag in Hamburg**

Workshops dieses Jahr in  
kleinem, aber feinem Kreise

**16 Erich-Klabunde-Preis**

Ab Mitte Juli können wieder  
Beiträge eingereicht werden

**SERVICE****17 Datenschutzgrundverordnung**

Was hat sich für Journalisten  
eigentlich konkret verändert?

**17 Aktueller Rechtsfall**

Facebook-Foto veröffentlicht:  
Zeitschrift zahlt Schadenersatz

**TERMINE****18 VG Wort**

Neuer Verteilungsplan steht,  
es kann ausgeschüttet werden

**19 Geld und Ehre**

Preise und Stipendien für  
Journalisten im Überblick

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

sie haben die Möglichkeit, die besten Bilder zu schießen: die Feuerwehreute oder auch Polizisten, die im Einsatz die Gelegenheit haben, für ihre Institution oder Behörde mitunter auch spektakuläre Fotos zu machen, um diese anschließend zur Gratis-Veröffentlichung an die Medien weiterzugeben. Auf der Strecke bleiben deswegen immer häufiger die Fotografen und Kameraleute, die vom Blaulicht-Journalismus leben. Ihnen wird praktisch die Existenzgrundlage entzogen. Aber warum? Weil ein Pressewart oder -sprecher gerne sein Bild in der Zeitung sehen will? Weil Medien nicht mehr für gute Bilder entlohnen, sondern diese lieber ohne Zahlung von Honoraren in ihrem Blatt haben wollen? Ein bisschen von beidem ist es wohl, was vielerorts zu einer immer prekäreren Lage der Kolleginnen und Kollegen führt, die sich auf diese Form der Berichterstattung spezialisiert haben. Um dem Problem beizukommen, lohnen sich Gespräche. Und Forderungen an die Politik. In Bayern zum Beispiel gab das Staatsministerium des Innern schon 2011 ein Schreiben heraus und wies darin alle Feuerwehren an, keine Einsatzfotos zu kommerziellen Zwecken an Medien weiterzugeben. So viel Farbe sollten auch die Innensensatoren und -minister im Norden bekennen. So wie wir das mit dem Coverbild tun, das natürlich ein freier Fotograf geschossen hat.

Keine Frage: Der Einsatz für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung geht weiter, an allen Fronten, bei Festen und bei Freien. Während der öffentliche Dienst gerade einen Tarifabschluss erreichte, mit dem alle Beteiligten offenkundig zufrieden sind, zielt sich der BDZV, auf eine Forderung einzugehen, die noch unter den in anderen Branchen erzielten Tarifergebnissen liegt. Warum so knauserig? Wer morgen noch am Markt sein will, muss gute Leute heute auch gut bezahlen. Und das gilt für Feste genauso wie für Freie. Sonst wandern diese nämlich in andere Branchen ab – oder ergreifen von Anfang an gleich einen anderen Beruf.

*Regine Suling*

Ihre Regine Suling

Meine Meinung

## Was zum Nachdenken anregen könnte



Foto: Christian O. Bruch

**Marina Friedt, Landesvorsitzende des DJV Hamburg**

Vor 14 Jahren bin ich mit dem Motto „Kommunikation, Transparenz, Lebendigkeit“ als DJV-Landesvorsitzende in Hamburg erstmals angetreten – bitte wundert euch also nicht, wenn ich zu einem Rundumschlag aushole mit Themen, die ich auf dem Zettel habe und die vielleicht auch euch in der Sommerpause zum Nachdenken anregen könnten.

Zum Stichwort Kommunikation: Wisst ihr, was eine Echokammer ist? Den Begriff hörte ich erstmals erst kürzlich. In der analogen Tontechnik meint der Begriff die Erzeugung oder Verstärkung des Halls. Im digitalen Zeitalter sprechen wir häufig von entstehenden Filterblasen. Bleibt die Frage nach der Wahrhaftigkeit und Wahrheit – eine Frage der Perspektive?

Bei der Publikums-Perspektive über unseren Berufsstand reicht die Kritik-Palette von „Liefere informatives Angebot“ bis hin zu „Lügenpresse“. Wenn Journalisten übertreiben (wie der Spiegel-Bericht zum G20-Gipfel, siehe auch Journalist), dann krankt die Glaubwürdigkeit. Wenn potentielle Missbrauchsoffer lügen (wie im „Fall Arnold“, in dem ein Lehrer 2002 nach falschen Beschuldigungen verurteilt und inhaftiert wurde) oder übertreiben, auch. Hier ist Transparenz gefragt und manchmal eine öffentliche Entschuldigung vonnöten.

Journalisten stehen oft im Fokus – ich schreibe bewusst die männliche Form, denn die Männer finden eindeutig häufiger statt in den Medien. Laut der prominent von Maria Furtwängler und MDR-Intendantin Karola Wille beförderten Studie ist die Welt männlich dominiert: Ob als Berichterstatter oder Erklärer der Welt – achtet mal darauf!

Stichwort Lebendigkeit: Ein Verband kann nur so gut sein wie seine Mitglieder. Bei einigen DJV-Veranstaltungen wundern wir uns über ausgefallene Termine mangels Beteiligung. Ob Speeddating XL für die Freien in Bremen, DJV auf Tour durch Schleswig-Holstein, das Gespräch mit der NDR-Freien-Vertreterin und nach dem abgesagten Fototag in Hamburg fragen wir uns: Was wollt ihr denn?

Marina Friedt

Funke-Mediengruppe

## Das war's mit der Friedenspflicht

Es rumort in den Redaktionen und Firmen der Funke-Mediengruppe in Hamburg: Funke hatte es abgelehnt, das bis Ende Juni 2018 gültige Rationalisierungsschutzabkommen („Ratioschutzabkommen“) zu verlängern oder auch nur neu zu verhandeln. Selbst die große Demonstration vor dem Hamburger Funke-Verlagshaus im Februar führte nicht zu einem Umdenken bei den Verantwortlichen (die NORDSPITZE berichtete). Daraufhin forderten die Mitglieder von DJV und Verdi ihre Gewerkschaften in einer Versammlung mit überwältigender Mehrheit auf, mit Funke einen Sozialtarifvertrag zu verhandeln, der die Absicherung schafft, die durch das Auslaufen des Ratioschutzabkommens verloren geht. Auf die formelle Aufforderung, in entsprechende Tarifverhandlungen einzutreten, reagierte die Funke-Mediengruppe eindeutig: „Wir bitten daher um Verständnis, dass wir in keine Verhandlungen über einen Sozial-Tarifvertrag eintreten.“

Dieses Verständnis haben aber weder die Gewerkschaften und ihre Mitglieder noch die sonstigen Beschäftigten. Dies hat auch eine weitere gemeinsame Mitgliederversammlung von DJV und Verdi kurz vor Redaktionsschluss gezeigt. Für die Gewerkschaften ist klar: Mit der Funke-Verhandlungsverweigerung besteht auch keine Friedenspflicht mehr.

Anja Westheuser, Justitiarin des DJV Hamburg: „Rechtlich ist die Sache eindeutig. Die Gewerkschaften können jetzt auch zum Streik aufrufen. Auch Beschäftigte, die keiner Gewerkschaft angehören, dürfen einem Streikaufruf Folge leisten. Das Streikrecht ist in unserer Verfassung verankert.“ Mit der Weigerung der Funke-Verantwortlichen jedenfalls ist das Thema offensichtlich nicht vom Tisch. Schon jetzt liegen die Nerven zumindest bei einzelnen Geschäftsführern blank. Nach der Demonstration im Februar war die Funke Frauenzeitschriften GmbH gegen den DJV

und Verdi gerichtlich vorgegangen. Die Funke GmbH wollte den Gewerkschaften in einem Eilverfahren zwei Meinungsäußerungen in Zusammenhang mit dem Streit um ein Rationalisierungsschutzabkommen verbieten lassen.

Die Entscheidung des Arbeitsgerichtes ist kurz und eindeutig: „1. Die Anträge werden abgewiesen. 2. Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. 3. Der Streitwert wird festgesetzt auf 40.000 Euro.“ DJV-Bundesvorsitzender Frank Überall: „Dass ausgerechnet ein Medienhaus, das für sich Pressefreiheit reklamiert, gewerkschaftliche Kritik mit gerichtlicher Hilfe verbieten lassen will, zeigt ein mangelhaftes Grundrechtsverständnis. Funke wäre gut beraten, das berechnete Sicherheitsbedürfnis seiner Beschäftigten zu respektieren. Es ist besser, Geld in angemessene Arbeitsbedingungen statt in Gerichtsverfahren zu investieren, die das Ziel haben, kritische Äußerungen zu unterbinden.“ Die Funke-Mediengruppe hatte 2013 die Frauen- und Programmzeitschriften sowie das Hamburger Abendblatt und die Bergedorfer Zeitung von der Axel Springer SE gekauft und im Zusammenhang damit das Springer-Rationalisierungsschutzabkommen übernommen, das im Juni 2018 ausgelaufen ist.

Im vergangenen Jahr hatten die Betriebsräte des Abendblattes sowie der Frauen- und Programmzeitschriften Funke aufgefordert, das Abkommen zu verlängern oder wenigstens über eine neue Betriebsvereinbarung zu verhandeln. Beides hatten die Funke-Verantwortlichen abgelehnt. Sie waren noch nicht einmal bereit, an den Verhandlungstisch zu kommen. Die Axel Springer SE hatte rechtzeitig vor dem Auslaufen des Ratioschutzabkommens mit dem zuständigen Betriebsrat die Verlängerung der Betriebsvereinbarung beschlossen – es wurden sogar einige Verbesserungen verhandelt.

Stefan Endter



Foto: Stefan Endter

Die Mittagsdemo im Juni stand unter dem Motto „Funke-Medien – Tarifvertrag jetzt!“

# Viele Streiks im Norden

Foto: Jürgen Adamek



Mit Warnstreiks wie hier in Lübeck halfen Journalisten den quälend langsamen Verhandlungen auf die Sprünge

**Die Hängepartie geht weiter. Auch nach sechs Verhandlungsrunden und zahlreichen Warnstreiks konnten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht auf einen Gehaltsabschluss für Redakteurinnen und Redakteure, arbeitnehmerähnliche Freie und Volontäre an Tageszeitungen einigen. Die jüngste Verhandlungsrunde in Berlin endete nach 15,5 Stunden Beratungen ohne Ergebnis. Am 1. Juli soll in Hamburg weiter verhandelt werden. Am 18. Juni beschloss der Gesamtvorstand des DJV in Würzburg, dass die Urabstimmung eingeleitet wird. DJU in Verdi hatte sich schon zuvor für die Urabstimmung entschieden.**

Die quälend langsamen Gespräche zwischen den Delegationen des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und den Gewerkschaften DJV und DJU mobili-

sierten bundesweit viele Journalisten, für ihre Forderungen auf die Straße zu gehen. Auch an der Küste kam es zu mehreren Warnstreiks. Am 25. April zogen rund 100 Kollegen von Kieler Nachrichten (KN), Lübecker Nachrichten (LN) und Ostsee-Zeitung (OZ) durch die Lübecker Innenstadt und informierten die Bürger über die Tarifaussensatzung. Rund um Pfingsten gingen die Journalisten von KN und LN gleich für mehrere Tage in den Ausstand. Am 22. Mai zogen 55 Kollegen aus beiden Häusern für zwei Stunden durch Kiel und verteilten an markanten Punkten der Stadt Zitronen an Passanten. „Ausgepresst“ stand auf Flugblättern, denn so fühlen sich viele Kollegen. Es gehe den Zeitungsmachern nicht nur um das Geld, sondern auch um die mangelnde Wertschätzung, die ihrer Arbeit in vielen Verlagen inzwischen entgegengebracht werde, stellte Arnold Petersen, DJV-Landes-

vorsitzender in Schleswig-Holstein, klar. Die für den Norden eher ungewöhnlich vielen Warnstreiks lösten bei den Kolleginnen und Kollegen entsprechende Erwartungen an die sechste Verhandlungsrunde in Berlin am 4. Juni aus – die Erwartung, dass es endlich zu einem Abschluss kommt. Doch die um 12.30 Uhr gestarteten Gespräche verliefen genauso zäh wie in den vorangegangenen Verhandlungen. Um 22.50 Uhr legten die Verleger ein neues Angebot auf den Tisch. Erstmals stand für 2019 eine Zwei vor dem Komma. Für das laufende Jahr boten die Arbeitgeber eine Lohnsteigerung von 1,7 Prozent und eine Einmalzahlung von 500 Euro an. Außerdem 120 Euro für Berufseinsteiger und 90 Euro für Volontäre. Die Crux dabei aus Gewerkschaftssicht: 32 Monate Laufzeit. Gerade für den Norden fordern die Verleger eine möglichst lange Laufzeit, weil ein solcher Abschluss sonst den dortigen Verlagen nicht vermittelbar sei.

## Urabstimmung beschlossen

Mit großer Mehrheit beschloss der DJV-Gesamtvorstand bei dem Treffen in Würzburg, dass die Urabstimmung in zahlreichen Zeitungshäusern eingeleitet wird – im Norden bei den KN und den LN. „Wir reagieren damit auf die Hinhaltetaktik der Zeitungsverleger in den zurückliegenden sechs Tarifrunden“, sagte DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring. „Offensichtlich bewegt sich der Verlegerverband nur auf einen neuen Gehaltstarifvertrag hin, wenn er Druck aus den Redaktionen bekommt.“ Die Urabstimmung wird in mehreren Bundesländern vorgenommen. Das Abstimmungsergebnis sollte am 26. Juni und damit nach Redaktionsschluss feststehen. Nur mit Urabstimmung können die Gewerkschaften zu unbefristeten Streiks aufrufen. Döhring: „Wo und wann wir Streiks beginnen, werden wir zeitnah festlegen. Je überraschender die Arbeitskämpfe für die Verleger kommen, desto erfolgreicher sind sie.“

Kai Dordowsky

## „Ich arbeite 100 Prozent“

### Kampagne für Erfassen der Arbeitszeit gestartet

Das gibt es wohl in kaum einer anderen Branche: In den Redaktionen der Tageszeitungen wird fast schon selbstverständlich länger gearbeitet als vereinbart. Redakteurinnen und Redakteure von Kieler Nachrichten, Lübecker Nachrichten und Segeberger Zeitung wollen das nicht mehr mitmachen. Zum 1. Mai starteten sie die Kampagne „Ich arbeite 100 Prozent“. Sie erfassen ihre wöchentliche Arbeitszeit und lassen sich die von Vorgesetzten bestätigen.

Zeiterfassungssysteme sind in den meisten Berufen längst Standard, nur nicht im Journalismus. Auch in den Redaktionen in Kiel und Lübeck ist es bislang bei der Absicht ge-

blieben, die Arbeitszeit regulär zu erfassen. Immerhin: Bei der zu den Kieler Nachrichten gehörenden Segeberger Zeitung läuft seit August 2017 eine Probephase und das recht gut, wie zu hören ist.

Nach dem Tarifvertrag gilt in den Redaktionen eine wöchentliche Arbeitszeit von 36,5 Stunden. Doch in der Regel arbeiten die meisten Redakteurinnen und Redakteure viel länger und das ohne Ausgleich. Oft ist es die Personalnot, die sie dazu zwingt. Nicht zuletzt dagegen richtet sich die Aktion „Ich arbeite 100 Prozent“. Die Zeiterfassung soll das Ausmaß der Mehrbelastung deutlich machen, den Anspruch auf Aus-

gleich dokumentieren und Druck machen für eine realistischere Personalplanung. Die Resonanz ist ermutigend. Etwa die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen erfassen ihre Arbeitszeit, heißt es bei den Kieler Nachrichten, entweder motiviert durch die DJV-Aktion oder schon länger. Von einer guten Beteiligung berichten ebenfalls DJV-Mitglieder bei den Lübecker Nachrichten. Bei beiden Blättern kam es dem Vernehmen nach in Einzelfällen auch dazu, dass sich Vorgesetzte weigerten, die Musterformulare abzuzeichnen. Der DJV Schleswig-Holstein ermuntert alle, sich an der Aktion zu beteiligen und sie fortzusetzen. Die Ergebnisse sollen zum Sommer abgefragt werden.

pet

## Geschäftsführer mauern Kein Haustarif bei Radio Hamburg in Sicht

Foto: Stefan Endtner



Tarife sind den Geschäftsführern ein Dorn im Auge

Radio Hamburg ist ein Vorzeige-Unternehmen. Die Ertragslage des Privatsenders, der seinen Sitz in der Spitalerstraße in Hamburg hat, sucht ihresgleichen. Die letzte veröffentlichte Bilanz (Geschäftsjahr 2016) weist 5,715 Millionen Euro als Gewinn nach Steuern aus – bei einem Umsatz von 10,451 Millionen Euro. In den vergangenen zehn Jahren erwirtschaftete Radio Hamburg mehr als 55 Millionen Euro Gewinne nach Steuern. Die Gesellschafter (Bauer, Springer, RTL Group, Hamburger Morgenpost, Lühmann Druck) wird das freuen. Über den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unter-

nehmens freuen sich auch die Beschäftigten des Senders. Sie können aber nicht verstehen, warum ihnen Radio Hamburg konsequent einen Gehaltstarifvertrag verweigert. In der Folge traten in den vergangenen Monaten sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Deutschen Journalisten-Verband (DJV) ein. In mehreren gemeinsamen Mitgliederversammlungen mit Verdi ergab sich ein klares Bild: Die Beschäftigten identifizieren sich in beeindruckender Weise mit ihrem Sender. Sie sind aber tief enttäuscht darüber, dass ihnen ein Tarifvertrag und damit berechenbare Gehälter verweigert werden. Sie wollen ein Nein nicht mehr akzeptieren. Die Mitglieder von DJV und Verdi haben eine gemeinsame Tarifkommission gebildet. Die Geschäftsführer von Radio Hamburg, Patrick Bernstein und Marzel Becker, jedoch haben gegenüber DJV und Verdi schriftlich erklärt, nicht über einen Haustarifvertrag verhandeln zu wollen. In einer weiteren Mitgliederversammlung nach Redaktionsschluss werden nun die notwendigen weiteren Schritte abgestimmt.

Stefan Endtner

## Magazin Neon eingestellt 15 Redakteure betroffen

„Liebe Leserinnen und Leser, ihr seid zu wenige geworden“, schreibt Print-Chefredakteurin Ruth Fend anlässlich der Einstellung von Neon in einem Abschiedsbrief. Die letzte Ausgabe des 2003 gestarteten Magazins aus der Stern-Familie erschien am 18. Juni. Die digitalen Angebote von Neon sollen weiter ausgebaut werden. Betriebsrat und Geschäftsführung von Gruner+Jahr verständigten sich auf eine Sozialvereinbarung für die 15 betroffenen Redakteurinnen und Redakteure sowie eine Redaktionsassistentin, von denen Stand Anfang Juni vier intern vermittelt wurden und eine Kollegin ein externes Angebot angenommen hat. Eine Anschlussbeschäftigung im Unternehmen wird vorrangig angestrebt. Gruner+Jahr verzichtet auf Kündigungen während der Probezeit und befristete Arbeitsverträge werden bis Laufzeitende erfüllt. Wer einen unbefristeten Vertrag hat, erhält ein Bruttogehaltswortel-Gehalt pro angefallenem Beschäftigungsjahr sowie ein Fortbildungsbudget von 5000 Euro. Freiberufler waren in den vergangenen Jahren nur punktuell für Neon tätig und wurden deshalb in der Sozialvereinbarung nicht berücksichtigt.

cp



Screenshot: C. Pluntek

## Computer Bild Verlag sperrt sich gegen Haustarif

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Computer Bild Digital GmbH wollen endlich nach Tarif bezahlt werden. Sie hatten den DJV und Verdi beauftragt, einen entsprechenden Haustarifvertrag zu verhandeln. Die beiden ersten Verhandlungsrunden haben gezeigt, dass der Konzern davon nicht begeistert ist. Die wirtschaftliche Lage lasse keine Tarifgehälter zu, hieß es in den Verhandlungen. Dabei steht es nicht schlecht um den Konzern, der in Hamburg groß geworden ist und nun in Berlin residiert. Für das Wirtschaftsjahr 2017 meldet Springer ein Umsatzplus von 8,3 Prozent. Der Gesamtumsatz beträgt nun über 3,562 Milliarden Euro. Den Konzernüberschuss bezifferte Springer mit 378 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund hat die gemeinsame Tarifkommission von DJV und Verdi keinen Zweifel, dass Tarifgehälter und journalistische Altersversorgung (Presseversorgung) gezahlt werden können, ohne die Zukunft des Springer-Konzerns zu gefährden. Das Unternehmen selbst rechnet auch für 2018 mit einem Plus bei Umsatz und Gewinn. Vorstandschef Mathias Döpfner, der auch Präsident des Bundesverbandes deutscher Zeitungsverleger ist, spricht von einem konsequenten digitalen Wachstumskurs. In der nächsten Verhandlungsrunde Ende Juni will Springer sein Angebot für die Beschäftigten der Computer Bild Digital GmbH konkretisieren. Einzelheiten zu den Zahlen der Axel Springer SE sind unter <https://bit.ly/2LnMsdZ> abrufbar.

Stefan Endtner

## Drei Fragen an...

**Sahar Raza, Absolventin der Weiterbildung für Medienschaffende mit Fluchtgeschichte an der Hamburg Media School (HMS) und 2015/16 „Flüchtlingsreporterin“ beim Hamburger Abendblatt.**



Foto: HMS

**Film, Journalismus, Medienökonomie, Online-Marketing, Recht, Deutsch: Das 2016 gestartete, gebührenfreie Programm an der HMS „Digitale Medien**

**für Flüchtlinge“ hat ein ziemlich umfangreiches Curriculum. Welche Kurse haben Sie persönlich am meisten interessiert und vorangebracht?**

Für mich war eigentlich alles, was unterrichtet oder diskutiert wurde, neu und interessant.

**Auf das sechsmonatige Kursprogramm folgt eine Praktikumszeit. Welche Praktika haben Sie absolviert, und wie waren Ihre Erfahrungen damit?**

Mein Wunsch war es, an meinen akademischen und beruflichen Hintergrund in den Bereichen politische Wissenschaften, Parteienarbeit und öffentliche Verwaltung anzuknüpfen. Das ist auch gelungen. Zuerst konnte ich ein Praktikum in der Senatskanzlei im Büro der Zweiten Bürgermeisterin machen, danach für einige Wochen in der Bürgerschaftsfraktion der Grünen in der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Es folgten vier Monate in der PÖ-Abteilung der Behörde für Umwelt und Energie und jetzt drei Monate in der BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration), dort bin ich Praktikantin in der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt ESF (Europäischer Sozialfonds) in Hamburg. Meine wichtigsten Erfahrungen und Eindrücke: Die Arbeitsatmosphäre ist insgesamt sehr anders als in Afghanistan oder Pakistan, wo ich früher gelebt habe. Meine Deutschkenntnisse sind viel besser geworden, in dieser Hinsicht habe ich vom Programm sehr profitiert. Und ich habe Einblicke in die Arbeitsweise von deutschen Behörden und Ämtern bekommen, auch das ist eine wertvolle Erfahrung.

**Sehen Sie für sich nun die Chance, hier in einem Medienberuf Fuß zu fassen?**

Ich bin Optimistin, aber mir ist klar, dass die Sprachbarriere für mich jetzt noch zu hoch liegt. Das gilt vor allem für den Print-Bereich. Vielleicht ändert sich das noch in den nächsten Jahren. Doch momentan sehe ich da leider keine Chance.

Fragen und Übertragung aus dem Englischen:  
Sabine Spatzek

# Namen und Nachrichten

Foto: Christina Czibik



**Sylvia Burian** wechselt von der Tagesschau zum NDR Hamburg Journal. Die Diplom-Volkswirtin leitet künftig das Ressort Landespolitik und verantwortet damit die Berichterstattung aus der Hamburger Bürgerschaft. Sylvia Burian folgt Jürgen Heuer, der im Februar nach langer Krankheit verstorben ist.

Foto: Waite Dlobbern



**Harriet Dohmeyer (23)**, freie Fotografin und Autorin sowie Studentin des Masterstudiengangs Digitale Kommunikation an der Hamburger HAW, hat einen kleinen Independent-Verlag gegründet. 2018 sind die ersten zwei Bücher, Reiseführer mit vielen Geheimtipps für Hamburg und Kopenhagen, erschienen. Sämtliche Texte und Fotos stammen von Dohmeyer.

Foto: Lux



**Bernhard Hector**, bis Ende April verantwortlicher Redakteur Management/Recht und redaktioneller Leiter Veranstaltungen bei der Deutschen Verkehrs-Zeitung,

ist in den Ruhestand gegangen. Unter seiner Mitwirkung als Herausgeber und Mitautor sind 16 Bücher erschienen. Einem breiten Publikum ist Hector auch als Moderator zahlreicher Veranstaltungen bekannt.

Foto: Roeler



**Sven Kamin (39)** ist jetzt Pressesprecher der Stadt Wedel. Zuvor hatte Kamin als Redakteur bei der Hamburger Content-Marketing-Agentur PRH Hamburg Kommunikation GmbH gearbeitet. Die Stadt Wedel ist die erste Stadt im Kreis Pinneberg, die eine Pressesprecher-Stelle geschaffen hat.

Foto: Marina Frieht



Ruth Vollmer-Rupprecht, besser bekannt unter ihrem Autorennamen **Ruth Geede**, verstarb im April im Alter von 102 Jahren als älteste bekannte Publizistin. Aus diesem Anlass widmeten namhafte Medien der Verstorbenen, die jahrzehntelang für die umstrittene Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ) im Familienressort schrieb, zahlreiche Beiträge. Wir zollten der Kollegin, die mehr als 65 Jahre dem Verband angehörte, zu Lebenszeiten

unsere Anerkennung, abrufbar unter <https://bit.ly/2JLLUTN> bei NORDSPITZE Online.

Foto: Dana Anders



**Jochen Blume** verstarb im April mit 93 Jahren. Der 1925 Geborene war zeitlebens als Bildjournalist tätig und startete 1949 bei dpa durch. Weitere Stationen waren Axel Springer, Stern und Constanze. Ab 1971 arbeitete Blume frei. Zudem beglückte er seit 1973 als Dozent den Nachwuchs der Hamburger Hochschule für Gestaltung und unterrichtete lange Zeit in der Akademie für Publizistik.

## Ich bin Mitglied im DJV, weil...

Foto: G+J



das Eintreten für den Journalismus in der Gesellschaft gepaart mit der Wahrung von Arbeitnehmerrechten einzigartig ist. Beides war selten

so wichtig wie heute.

**Frank Donovitz (50)**, Betriebsratsvorsitzender Gruner + Jahr

# « Save

## mit der Presse Berufsunfähigkeits- vorsorge!

Wir sorgen für die Medienbranche  
[www.presse-versorgung.de](http://www.presse-versorgung.de)



Presse-Versorgung

0711 2056 244  
[info@presse-versorgung.de](mailto:info@presse-versorgung.de)



Gratisbilder von Polizei und Feuerwehr

# Freie Presse wird ausgebootet

Sei es eine tödliche Messerstecherei in Bremen, ein Großfeuer im Hamburger Hafen oder eine Sturmflut in Schleswig-Holstein. Immer häufiger haben Polizisten und Feuerwehr professionelle Kameraausrüstungen dabei, wenn sie zu Einsatzorten ausrücken. Vielfach sind die Einsatzkräfte die ersten, die Redaktionen kostenloses Bildmaterial zur Verfügung stellen. Eine schleichende Entwicklung, die Anlass zur Sorge gibt: Freie Fotografen verlieren ihre Existenzgrundlage und staatliche Stellen übernehmen die Kontrolle über die Berichterstattung.

**A**ls der Polizeireporter und Kameramann Frank Bründel am 1. September 2016 gegen Mittag die Nachricht erhält, dass im Hamburger Hafen ein Containerschiff brennt, ruft er in mehreren Redaktionen an, ob Interesse an Bildmaterial besteht. Der freie Journalist erhält diverse Aufträge und chartert einen Hubschrauber, um Luftaufnahmen von dem 300 Meter langen, brennenden Riesen am Burchardkai zu machen. Nachmittags will kaum ein Auftraggeber Bründels Bilder haben. Er erfährt, dass die Polizei ebenfalls Luftbilder angefertigt und diese Redaktionen kostenlos zur Verfügung gestellt

hat. Der Freiberufler bleibt auf einem Teil seiner Helikopter-Charter-Kosten sitzen.

Dass staatliche Polizeidienststellen und Feuerwehren Bildmaterial zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung stellen, ist keine Seltenheit. Das gilt für Fotos ebenso wie für Bewegtbilder. Zur Eröffnung der Elbphilharmonie im Januar 2017 präsentiert die Hamburger Polizei ein stimmungsvolles Luftbild. „Was hat die Polizeiarbeit mit der Elphi-Eröffnung zu tun“, fragt sich Bründel. Für den Journalisten sind die kostenlosen Fotos von Schiffsbrand und Konzerthaus zudem ein klarer Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. Er gibt ein juristisches Gutachten in Auftrag, das die Rechtmäßigkeit der Fotopraktiken staatlicher Institutionen wie der Hamburger Polizei unter die Lupe nimmt. Ergebnis: Die Anfertigung von Bildmaterial und die kostenlose Übertragung von Nutzungs- und Senderechten sind rechtswidrig, wenn sie nicht der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr dienen oder unmittelbar über die Polizeiarbeit informieren (s. Infokasten).

„Seit längerem beobachten wir mit Sorge, dass die Pressestelle der Polizei den Medien von Einsätzen (und darüber hinaus) Bildmaterial zur freien Nutzung zur Verfügung stellt“, heißt es in einem Brief des Hamburger DJV an Innensenator Andy Grote. Gespräche des Landesverbands mit der Polizei hatten vor einem Jahr zunächst zu Verbesserungen geführt. „Bedauerlicherweise mussten wir nun hören, dass erneut Medien Nutzungsrechte an Polizeifotos überlassen worden sind.“ Im Auftrag der Mitgliederversammlung im April 2018, auf der es ein klares Votum gegen die Fotopraktiken von Polizei und Feuerwehr gab, fordert der DJV Hamburg den Innensenator Ende Mai auf, „dafür zu sorgen, dass weder Polizei noch Feuerwehr in Zukunft wieder Nutzungsrechte an Bildmaterial an die Medien übertragen“.

Auch den Freien in Schleswig-Holstein macht es zu schaffen, dass den Redaktionen oft kostenloses Bildmaterial von Einsätzen zur Verfügung gestellt wird – erst im Juni stellte das Technische Hilfswerk Kaltenkirchen, das die Freiwillige Feuerwehr Henstedt-Ulzburg bei der Brandbekämpfung unterstützt hatte, Fotos der abgebrannten Lagerhalle eines Landhandels zur lizenzfreien Nutzung zur Verfügung. Aber auch Freiwillige Feuerwehren liefern bereitwillig und großzügig. „Ja, das geschieht immer häufiger und wird meines Erachtens auch von den Redaktionen gefördert und gefordert“, berichtet ein freier Reporter. Sein Eindruck: Es gebe eine schlechende Tendenz, gar nicht mehr alarmiert und mit der Berichterstattung über einen Brand,

Unfall oder Unwetter beauftragt zu werden, weil Feuerwehr und Co. das Material liefern.

„Die Einsatzkräfte sind viel eher am Einsatzort, machen oftmals schon Fotos, bevor die Löscharbeiten beginnen und die Flammen meterhoch schlagen“, berichtet ein anderer freischaffender Lokalreporter aus dem hohen Norden. Damit könnten Freie nicht konkurrieren, zumal Absperrungen und eine oft späte Information über Einsätze ihnen die Arbeit zusätzlich erschwerten. Nicht selten würden Einsatzkräfte mit der ersten OTS-Presseninformation zeitgleich auch Fotos verschicken mit dem Hinweis, „honorarfreie Nutzung für Redaktionen“. Manche Online-Redaktion bediene sich dann sofort.

Während sich in Hamburg und den angrenzenden Kreisen Schleswig-Holsteins freie Polizeireporter zum Teil Konkurrenz machten, seien in anderen Regionen wie Nordfriesland keine hauptberuflichen Freien unterwegs, berichtet Holger Bauer, Pressesprecher des schleswig-holsteinischen Landesfeuerwehrverbandes. Entsprechend freigiebiger würden dort Fotos verteilt und von den Redaktionen dankbar angenommen. „Wo es selbständige Pressefotografen gibt, wird es so gehandhabt, dass ihnen nicht die Butter vom Brot genommen wird“, so Bauer.

Klare Regeln gibt es bei der Polizei. Die erlauben den Pressestellen nur in drei Fällen kostenlose Fotoabgabe, erläutert Torge Stelck, Sprecher beim Landespolizeiamt in Kiel: Wenn nach einer Person gesucht oder gefahndet werde, wenn die Fotos aus

Bereichen kommen, zu denen die Presse keinen Zugang habe oder wenn das Foto Warnfunktion habe und die Bevölkerung auf eine besondere Gefahr aufmerksam mache. Letzteres könnte etwa eine Giftstoff-

Wolke sein. Fall zwei ereignete sich

Ende April in der Neustädter Bucht, als Wasserschutzpolizisten einen Großeinsatz mit hochmotorisierten Schlauchbooten übten, die Presse aber aus Sicherheitsgründen nicht aufs Wasser eingeladen war.

Weshalb Journalisten nicht über den Stapelhub eines neuen Löschbootes im Hamburger Hafen informiert wurden, ist unklar. Feuerwehr-Sprecher Jan

Ole Unger beschreibt ohne Angabe näherer Gründe, dass Feuerwehr und Hamburg Port Authority (HPA) im Vorwege vereinbart haben, keine Journalisten zum Stapellauf einzuladen. Unger auf Anfrage der NORDSPITZE: „Von Seiten der Feuerwehr Hamburg wurden Bilder in den Social Media-Kanälen veröffentlicht, von der HPA ein Film in deren YouTube-Kanal.“ Allerdings würde die Feuerwehr grundsätzlich keine Fotos an die Medien weitergeben, und auch im Falle des neuen Löschbootes sei „eine aktive Weitergabe nicht erfolgt“. Dennoch veröffentlichte die Bild-Zeitung am 25. Mai ein Feuerwehr-Foto und titelte „Feuerwehr lässt XXL-Löschboot zu Wasser“. Wie die Redaktion an das große Foto gelangte, bleibt offen.

Laut dem Kieler Polizeisprecher Torge Stelck bedienen sich manche Redaktionen gern auf der Facebook-Seite der Polizei. Doch das Copyright der dort veröffentlichten Fotos liege allein bei der Polizei, Übernahme ist nur mit ausdrücklicher Geneh-



Frank Bründel  
Foto: C. Neff



Foto: Florian Büthj/Curtes-Foto.de

Fototermin in Hamburg: Die Polizei präsentiert Journalisten aufgefundene Schmuckstücke

migung erlaubt. „Solange ich hier bin, haben wir eine solche Genehmigung aber noch nicht erteilt“, unterstreicht Stelck.

Gerrit Schröder, Redaktionsleiter der Fernseh Nachrichten-Agentur NonstopNews mit Sitz in Delmenhorst, hat es schon öfter erlebt, dass die Presse in Bremen und Umgebung zu wichtigen Terminen „gar nicht mehr eingeladen wird“. In Stade hat ein freier Kollege schon seinen Beruf aufgegeben, weil die Polizei dort zuverlässig topaktuelle Fotos von Großfeuern und Unfällen anbietet. Das Bildmaterial stellt die Polizeiinspektion Stade interessierten Redaktionen im Presseportal in hoher Auflösung und ohne Wasserzeichen zum Download bereit. Dabei wäre Polizeireporter Schröder, der beobachtet, dass Journalisten vielfach gar nicht mehr vor Ort sind, wenn etwas passiert, schon froh, „wenn Journalisten fototechnisch die gleichen Möglichkeiten hätten wie die Polizei oder Feuerwehr“.

Informationen über aktuelle Einsätze der Feuerwehr Bremerhaven bekommen Schröder und seine Kollegen bisher überhaupt nicht (mehr) und erst nach mehrfachen Gesprächen prüft man nun die technischen Möglichkeiten der Einführung einer frühzeitigen Pressealarmierung, so wie es woanders

schon üblich ist. Um etwas gegen dieses Problem zu tun, planen die Polizei- und Feuerwehrreporter aus Bremen und Umgebung einen Blaulichttag. Freie Journalisten, Behördenvertreter sowie Kolleginnen und Kollegen aus den Redaktionen sollen an den runden Tisch geholt werden, um über die Aufgabenverteilung von Polizei und Medien zu sprechen. Ein genauer Termin steht noch nicht fest, aber irgendwann im Spätsommer wollen die Bremer Kollegen zum Blaulichttag zusammenkommen.



Gerrit Schröder  
Foto: J. Stiller

Denn Schröder beobachtet mit Sorge, dass die Probleme immer weitere Kreise ziehen und Behördenvertreter in der Berichterstattung zunehmend „die Regie übernehmen“. Mit eigenen Berichten und Bildern kann die Polizei den Leser nach

Einschätzung des Redaktionsleiters direkt erreichen. Selbst Nachrichtenagenturen wie die dpa verwendeten in den meisten Fällen reine Informationen aus den Pressemitteilungen der Polizei oder Feuerwehr, ohne sich selber ein eigenes Bild zu machen, und der Leser erhalte den Eindruck, die mit dpa gekennzeichnete Information stamme von unabhängigen Berichterstattern. Andererseits sieht Schröder auch den Sparwahn der Redaktionen, die gern auf kostenloses Material zurückgreifen. Ob aus Spargründen oder Schlampigkeit – oder aus einer Kom-

bination aus beidem: Bei der Wildeshäuser Zeitung sei schon mal ein Feuerwehrfoto mit sichtbarem Wasserzeichen im Blatt gelandet.

Wenn es aus dem Flächenland Schleswig-Holstein auch Beispiele von Freien gibt, die froh sind, wenn sie nicht mehr „gegen kleines Honorar zu jeder Tag- und Nachtzeit rausmüssen“, ist die Entwicklung hin zur staatlich kontrollierten Berichterstattung doch bedenklich. Und problematisch ist es auch, wenn früher selbstverständliche geltende Gentlemen's Agreements – Behördenvertreter und Fotografen arbeiten Hand in Hand und jeweils im eigenen Zuständigkeitsbereich – Schritt für Schritt unterlaufen werden. Immerhin gibt es auch noch Beispiele für eine gut funktionierende Zusammenarbeit: Die Feuerwehr in Norderstedt bei Hamburg informiert Pressevertreter zuverlässig über Einsätze, lässt Reporter ungehindert ihre Arbeit tun und veröffentlicht Fotos nur dann, wenn kein Journalist vor Ort war.

Claudia Piuntek/Arnold Petersen

## So ist die Rechtslage

Ist die Polizei berechtigt, Fotos von Einsätzen kostenlos an Medienunternehmen abzugeben? Polizei und Feuerwehr dürfen nur im Rahmen gesetzlich zugewiesener Aufgaben handeln. Wesentliche Aufgaben der Polizei sind Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Um eine Gefahr abzuwehren, darf die Polizei Fotos auch im Internet veröffentlichen, zur Öffentlichkeitsfahndung auch an Fernsehsender geben („Aktzeichen XY... ungelöst“). Polizei und Feuerwehr dürfen – und müssen (!) – auch darüber informieren, dass und wie sie ihre Aufgaben wahrnehmen, allerdings nur in Form amtlicher Informationen. Stimmungsvolle Hamburg-Fotos gehören sicher nicht dazu. Staatliche Konkurrenz, finanziert mit Steuern, bedroht die grundrechtlich geschützte Berufs- und Wettbewerbsfreiheit von Fotografen. Einsatzfotos und Luftbilder, die Polizei und Feuerwehr veröffentlichen, gefährden die Presse- und Rundfunkfreiheit. Presse und Rundfunk haben nach dem Grundgesetz die Aufgabe, zur öffentlichen Meinungsbildung mit umfassenden Informationen beizutragen. Dabei hat der Staat Journalisten auch vor nur mittelbaren Beeinträchtigungen zu schützen – diese liegen aber vor, wenn Polizei und Feuerwehr Material kostenlos verteilen und sich Redakteure aus Kostengründen gezwungen sehen, darauf zurückzugreifen. Die Polizei öffnet sich vor allem mit Einsatzfotos ein Tor zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, und das ist ein klarer Verstoß gegen die Freiheit von Presse und Rundfunk, die Artikel 5 des Grundgesetzes mit den Worten „nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte“ gewährleistet.



Es ist rechtlich bedenklich, wenn die Polizei (Foto unten) die Arbeit von Journalisten (Foto oben) übernimmt

# Erzähler mit Sinn für den Norden

Künstler, Küsten, Königinnen. Diese drei Themenfelder hat der Filmemacher Wilfried Hauke in rund 25 Jahren ziemlich häufig beackert, meist als Autor und Regisseur international koproduzierter Dokumentarfilme, -dramen und -serien fürs Fernsehen und mit Bezug zu Norddeutschland oder Nordeuropa.



Foto: Sabine Spatzek

Als seine Filme so viel Aufmerksamkeit gewonnen hatten, dass sich die Art und Vielzahl der Projekte nicht mehr mit den Anforderungen des Redaktionsalltags unter einen Hut bringen ließen, gründete Wilfried Hauke 2001 die erste eigene Produktionsfirma. Der NDR war nun – unter anderem über Studio Hamburg – Kunde statt Arbeitgeber. 2003 begann die Zusammenarbeit mit dmfilm. Die Filmografie des Kieler ist lang, auf seiner persönlichen Auswahlliste stehen unter anderem „Die wundersamen Reisen des Hans Christian Andersen“ von 2005, koproduziert von NDR, Arte, dänischen, schwedischen und norwegischen Sendern, das sehr erfolgreiche Format „Deutschlands Küsten“ und „Die Küsten des Nordens“ (2009), Dokumentarfilme über Lincoln, Kierkegaard, Munch, Luther und die schwedische Königin Christina Wasa, Dokumentarfilme über die Maler Emil Nolde (2017) und Klaus Fußmann (2018). Fünf bis sechs Projekte gleichzeitig in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung begleiten ihn ständig, erzählt Wilfried Hauke. Aktuell beschäftigen ihn unter anderem eine geplante dreiteilige Serie für ARD/Arte über Dekadenz („Ein viel strapazierter Begriff, aber sehr geeignet für spannende Fragen: Sind wir gerade an einem Punkt des Verfalls angekommen, obwohl es uns so gut geht wie nie zuvor?“) und ein Projekt über Kaiser Karl V., als Koproduktion deutscher, österreichischer und spanischer Fernsehsender. Auch ein geplantes fiktionales Serienprojekt mit IDA hat europäische Dimensionen. „Als Autor von Dokumentationen ist man meistens eher solo. Die Zusammenarbeit in einem Writers Room ist etwas, worauf ich mich wirklich sehr freue.“ Seine eigene professionelle Richtschnur fasst Wilfried Hauke so zusammen: „Glaube an dein Projekt und an dich selbst, bleibe beharrlich und erkenne zugleich deine Grenzen.“ Selbstdisziplin und effektives Arbeiten seien für Freiberufler unabdingbar, aber auch, die eigene künstlerische Kreativität am Köcheln zu halten. „Außerdem braucht es eine gute Balance zwischen Stand- und Spielbein – es muss auch mal etwas scheitern können, ohne dass es einen total umhaut.“ Privat sieht sich Wilfried Hauke, der beruflich viel unterwegs ist, am liebsten mit der Rosenschere in der Hand zuhause im Garten oder mit seiner Frau auf Wanderungen im Naturpark Westensee oder entlang der Kieler Bucht. Für die Enkelkinder hat er vor kurzem ein altes Kasperletheater renoviert. „Das passt für das Alter gerade bestens“, erklärt der 61-Jährige. „Und da geht es auch ums Geschichtenerzählen.“

Sabine Spatzek

Kam als Quereinsteiger erst spät zum Journalismus: Wilfried Hauke

**Ein Verharren in einer einmal gefundenen Nische gab und gibt es für den gebürtigen Kieler, der 1990 als Freier zunächst beim NDR Hörfunk einstieg und sich als damals schon dreifacher Vater damit gegen eine gesicherte Existenz als Lehrer entschied, trotzdem nie. Gerade jetzt ist der 61-Jährige wieder einmal auf dem Weg zu neuen Ufern.**

Als Creative Director und Producer bei dmfilm, einer Film- und TV-Produktionsfirma mit Standorten in Kiel, Hamburg und Bremen, zieht sich Wilfried Hauke nach 15 Jahren stufenweise zurück. Geschäftsführender Gesellschafter von dmfilm ist Christian Berg, ehemals Chefredakteur von Radio Bremen, mehrfacher Grimme-Preisträger, Mitbegründer des Regionalmagazins Buten un Binnen bei Radio Bremen. Nein, es habe keine Unstimmigkeiten als Anlass für die Veränderung gegeben, versichert Wilfried Hauke, während er entspannt im Café an der Kieler Förde sitzt, in die Sonne blinzelt und für die NORDSPITZE Auskunft über seinen beruflichen Werdegang gibt. „Es war einfach Zeit für eine Veränderung, um neue Projekte mit einer etwas anderen Ausrichtung anzupacken. Mit dmfilm werde ich trotzdem weiter zusammenarbeiten.“ Diese neuen Projekte entwickelt er in einer eigenen, Anfang des Jahres gegründeten Film- und Produktionsgesellschaft, die er IDA genannt hat. „So hieß meine Großmutter und so heißt meine Enkelin“, sagt der Familienmensch, der mit seiner Frau Irene dörfllich in der Nähe von Kiel

lebt und inzwischen vier erwachsene Kinder und fünf Enkel hat. Und schiebt noch die etymologische Bedeutung des Namens nach: „Weisheit, verbunden mit Werkätigkeit“. Vieles ist noch nicht spruchreif, nur so viel verrät der Filmemacher: Er will mit IDA neben dokumentarischen auch fiktionale Stoffe entwickeln und umsetzen. Geschichten erzählen, Fragen anstoßen, hinter Klischees blicken – das war es, was Wilfried Hauke von Beginn an interessiert hat. Als er über eine Hospitanz im NDR Landesfunkhaus in Kiel in der Hörfunkredaktion, „Heimat und Kultur“ den Journalismus entdeckte, hatte er Germanistik, Geschichte und Skandinavistik in Kiel, Aarhus und Kopenhagen studiert, war Dozent an der Uni und schrieb an seiner Dissertation über skandinavische Theatergeschichte. „Morgens losfahren und Interviews führen, die abends gesendet werden, das hat mir damals sehr gut gefallen.“ Und es habe „diesen geschützten Raum“ gegeben, „in dem man sich ausprobieren und die eigenen Talente entdecken konnte, mit Leuten, die einen gecoach haben, und Zeit hatten, über Themen nachzudenken“. Weil zudem nach der Wiedervereinigung etliche Redakteure in Sachen „Aufbau Ost“ nach Mecklenburg-Vorpommern wechselten, waren die Zeiten für Neu- und Quereinsteiger günstig. Vom Hörfunk wechselte Wilfried Hauke dann über zum Fernsehen. Die interkulturelle, grenzüberschreitende Perspektive in Reportagen und Magazinbeiträgen, später in längeren, (semi-)dokumentarischen Formaten wurde sein Markenzeichen.

Abschlussbericht über G20-Gipfel liegt vor

# Datenpanne bei der Überprüfung akkreditierter Journalisten

Der G20-Gipfel im vorigen Jahr beschäftigt weiterhin staatliche Stellen und die Öffentlichkeit. Die NORDSPITZE sprach mit Hamburgs oberstem Datenschützer Johannes Caspar über problematische Akkreditierungsverfahren, den nachlässigen Umgang mit Daten von Journalisten und die Datenschutzgrundverordnung.

**Herr Prof. Caspar, Sie haben im Februar Ihren jüngsten Datenschutzbericht vorgelegt. Was hat Ihre Untersuchung der Vorgänge um den G20-Gipfel im vergangenen Jahr ergeben?**

Bei der Überprüfung akkreditierter Journalisten ist es zu einer Datenpanne gekommen. Listen mit Namen von Journalisten, denen man nachträglich die Berechtigung zur Teilnahme am Gipfel entzogen hatte, wurden von Polizeibeamten bei der Kontrolle vor dem Eingang in die Sicherheitszone sichtbar auch für Umstehende gehalten, so dass sie auch von Kameras aufgenommen werden konnten. Diese Kontrollsituation hat bei den Journalisten zu einer erheblichen Verunsicherung und dem Gefühl der Fremdbestimmung geführt. Der nachlässige Umgang mit den Daten von Journalisten, der unbefugten außenstehenden Personen den Einblick in die Sperrlisten ermöglichte, stellte eine klare Datenschutzverletzung dar.

**Listen mit Personendaten nicht einfach Dritten zugänglich zu machen, ist ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Welches Zeugnis würden Sie vor diesem Hintergrund den Hamburger Behörden, der Polizei und dem Verfassungsschutz ausstellen?**

Kein gutes. Ich denke, so etwas gehört einfach zum professionellen Doing. Die Polizei hat erhebliche Eingriffsbefugnisse gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Daraus folgt die Verantwortung, gerade auch vor Ort sehr sorgfältig mit deren Daten umzugehen. Das ist etwas, das man von Polizeibeamten erwarten muss. Hierfür sind auch Schulungsmaßnahmen gefordert. Unsere Prüfung hat am Ende ergeben, dass die beteiligten Polizeibehörden im Umgang mit den Listen nicht in der Lage waren, ein geordnetes Verfahren, das den datenschutzrechtlichen Anforderungen entspricht, einzuhalten.

Darüber hinaus hat die Problematik G20 aber auch im Bereich der Datenhaltung von Polizeibehörden massive Defizite aufgezeigt. Das ist aus meiner Sicht der viel schwerere Vorwurf. Grundsätzlich kann jeder Bürger in die polizeilichen Datenbanken geraten. Es gibt dazu klare rechtliche Vorgaben, die regeln, wann Daten in den Dateien sowohl bei Landespolizeien, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz gespeichert, und wann sie zwischen den Behörden weitergegeben werden dürfen. Und da haben wir nicht nur in der letzten Prüfung anlässlich des G20-Gipfels deutlich Defizite bei der Hamburger Polizei festgestellt. In größerem Umfang fehlte bei den gespeicherten Personen eine sogenannte Negativprognose als Voraussetzung der Speicherung. Zum Teil war der Ausgang von Strafverfahren bei Einträgen nicht berücksichtigt worden. Insoweit sind rechtliche Vorgaben zum Schutz betroffener Bürger nicht eingehalten worden.

Johannes Caspar in seinem Hamburger Büro



## Hamburgs oberster Datenschutzler

**Johannes Caspar** ist seit 2009 Hamburger Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit. Er studierte Rechtswissenschaften und wurde nach dem ersten Staatsexamen 1992 promoviert. Die große Juristische Staatsprüfung folgte 1994. Caspar habilitierte sich 1999. Tätigkeiten als Vertretungsprofessor an der Universität Marburg, Rechtsanwalt und stellvertretender Leiter des wissenschaftlichen Dienstes Schleswig-Holsteins schlossen sich an. Caspar ist seit 2007 auch Professor an der Universität Hamburg. Bundesweit hat er sich insbesondere dadurch einen Namen gemacht, dass er immer wieder die Einhaltung des Datenschutzes unter anderem gegenüber Google eingefordert hat.

### Haben denn Polizei und Verfassungsschutz aus Ihren Beanstandungen Konsequenzen gezogen?

Das Landesamt für Verfassungsschutz haben wir auch überprüft. Es wurde deutlich, dass bei der Polizei die größeren Probleme liegen. Die Fälle im Bereich G20, aber auch die vorgängige Prüfpraxis zeigen allerdings auch: Es handelt sich hier nicht um ein isoliertes Problem der Polizei Hamburg. Es geht vielmehr um massive Defizite in Bund und Ländern – ein Befund, der rechtsstaatlich durchaus beunruhigend ist. Bezogen auf die anderen Bundesländer habe ich derzeit keine klaren Erkenntnisse, was konkret geschieht, um dem Problem zu begegnen. Leider ist dieses Thema außerhalb Hamburgs noch nicht so deutlich adressiert worden. Wir haben in den letzten zwei Jahren anlässlich der Überprüfung der sogenannten Crime-Dateien in Hamburg festgestellt, dass es erheblicher Anstrengungen bedarf, hier künftig zu einer rechtlich einwandfreien Datenhaltung zu gelangen. Die Polizei Hamburg hat anlässlich einer Pressemitteilung offen zugegeben, dass es darum gehe, einen Datenbestand von 160.000 Personen mit 900.000 Datensätzen zu bereinigen. Das lässt sich nicht an einem Vormittag in Ordnung bringen. Aber hier hat man immerhin das Problem erkannt und geht es an.

### In der politischen Diskussion wird immer wieder die Aufhebung des Trennungsgebotes zwischen der Polizei und den Geheimdiensten gefordert. Wie beurteilen Sie diese Forderung angesichts Ihrer Erkenntnisse?

Das ist eine Forderung, deren Berechtigung ich in Frage stelle. Anhand von einzelnen tragischen Vorfällen, insbesondere durch verwirrte Einzeltäter, wie anlässlich eines Messerangriffs auf Passanten in Barmbek, werden schnell Forderungen aufgestellt, die tragende rechtstaatliche Grundsätze in Abrede stellen. Ein Rechtsstaat bemisst sich aber gerade auch daran, was der Staat von seinen Bürgern nicht wissen darf. Es muss ein richtiges Maß zwischen staatlichen Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit und dem Schutz der Privatsphäre seiner Bürger gefunden werden. Wenn man die Diskussion in Teilen der Politik verfolgt, muss man befürchten, dass die rechtstaatliche Zurückhaltung und das Augenmaß mit jedem Anschlag weiter an Boden verlieren. Dabei hat der Grundsatz der Trennung von

Polizei und Geheimdiensten nicht nur aus verfassungsrechtlichen, sondern auch aus historischen Gründen seine Berechtigung: In der jüngeren deutschen Geschichte gab es in zwei Fällen Geheimpolizeien, die sich jeweils als ein massives Instrument zur Unterdrückung von Bürgern erwiesen haben. Insofern ist Zurückhaltung geboten. Das Grundgesetz geht auch von dieser Zurückhaltung aus, und ich habe keinen Zweifel daran, dass eine entsprechende Auflösung dieses Trennungsgebots vor der Verfassung keinen Bestand hätte.

„Es handelt sich nicht um ein isoliertes Problem der Polizei Hamburg“

### Was muss getan werden, damit Journalisten datenschutzrechtlich bei Großereignissen besser geschützt werden?

Man muss sich natürlich die Frage stellen, ob insgesamt das Akkreditierungsverfahren auf rechtlich tragfähigen Grundlagen steht. Das Instrument der Einwilligung ist ja in diesen Fällen zumeist sehr problematisch, weil Journalisten darauf angewiesen sind, vor Ort zu berichten, wenn sie ihren Beruf ausüben wollen. Wenn die Abgabe einer Einwilligung aber über den Zugang entscheidet, ist sie nicht wirklich freiwillig. Das erinnert mich ein wenig an das Vorgehen von großen, globalen Internet-Dienstleistern, die eben auch an der Tür sagen, entweder du gibst mir jetzt deine Einwilligung, oder du kommst hier nicht rein. Und die journalistische Berufsausübung ist die existenziellere Frage. Insofern muss man hier schon feststellen: Im Prinzip wäre eine gesetzliche Regelung dieser Zulassung erforderlich und würde auch den Betroffenen transparent machen, was man von ihnen verlangen darf. Dies nun ist ein Fall, in dem die Regelungen des Datenschutzes nicht mit der Pressefreiheit kollidieren, sondern umgekehrt diese helfen, künftig abzusichern.

### Die europäische Datenschutzgrundverordnung hat in den vergangenen Wochen für Aufregung und Verwirrung gesorgt. Es

**gibt sogar Stimmen, die der Meinung sind, dass die Bildberichterstattung zukünftig ausschließlich dem Datenschutzrecht unterliegt. Das Kunsturheberrechtsgesetz als Spezialregelung soll danach nicht mehr anwendbar sein. Können Sie die Bildjournalisten beruhigen?**

Ja, in jedem Fall! Man muss nicht alles für bare Münze nehmen, was gerade in der teilweise doch sehr aufgeladenen Anfangszeit vor Inkrafttreten der DSGVO so kursierte. Dazu gehört auch die Geschichte vom Bildjournalisten, der keine Bilder von öffentlichen Plätzen mehr aufnehmen darf.

Man kann die Frage, ob das Kunsturheberrechtsgesetz trotz DSGVO direkt anwendbar ist, durchaus verneinen. Man kommt dann dennoch zu den gleichen Ergebnissen, die wir bisher haben – nämlich mit der Begründung, dass ein berechtigtes Interesse gerade mit Blick auf die Grundrechtsbetätigung besteht, bestimmte Daten (z.B. Fotos) zu erheben und zu veröffentlichen. Presse- und Meinungsfreiheit, aber auch Kunstfreiheit müssen in eine Abwägung gebracht werden mit betroffenen Positionen und Grundrechten der Abgebildeten, die auf diesen Bildern zu sehen sind. Im Rahmen dieser Abwägungen wird man die Wertungen des Kunsturheberrechtsgesetzes berücksichtigen müssen. Und da geht es eben gerade um die Möglichkeiten, Personen aufzunehmen als Beiwerk im Bereich der Öffentlichkeit. Darstellungen, die Personen in Menschenmengen zeigen, waren vor der DSGVO zulässig und sie werden es auch danach sein.

Soweit die Meinung vertreten wird, das Kunsturheberrechtsgesetz sei weiterhin anwendbar, ist dieses Ergebnis auch ohne diesen Umweg über die Abwägungsklausel im Datenschutzgesetz zu erreichen. Alle Ansichten, die hierzu vertreten werden, kommen daher zu dem klaren Ergebnis, dass es keine weitergehenden Beeinträchtigungen für die Bildberichterstattung geben wird.

*Das Gespräch führte Stefan Endter.*



Hamburgs DJV-Geschäftsführer Stefan Endter beim Gesprächstermin mit Hamburgs oberstem Datenschutzler

DJV Hamburg

## Kleine Verjüngung im Vorstand, große Veränderung in der Hamburger Medienlandschaft



Foto: Florian Büß/Gutes-Foto.de

Die einzige Neue am Tisch ist Angela Ölscher (ganz links). Ansonsten bleibt es dabei (von links nach rechts): Julia K. Doellken (Beisitzerin), Peter Jebesen (2. Vorsitzender), Marina Friedt (Vorsitzende), Stefan Endter (Geschäftsführer), Rainer Hirsch (AK-Leiter Rundfunk, hier aber als Tagungsleiter), Monika M. Kabay (Beisitzerin), André Herbst (Beisitzer), Anja Westheuser (Justiziarin)

Am 18. April hat die Mitgliederversammlung des Hamburger DJV Marina Friedt zum bereits fünften Mal als Vorsitzende bestätigt. Somit ist die freie Journalistin für weitere zwei Jahre an die Spitze des Landesverbandes gewählt. Dabei wird sie vom zweiten Vorsitzenden Peter Jebesen (Redakteur und Mitglied des Bundesvorstands), Schatzmeister Norbert Illes (ARD aktuell) sowie den Beisitzenden Julia K. Doellken (freie Journalistin), der Springer-Betriebsrätin Monika M. Kabay, André Herbst (Bergedorfer Zeitung) und – neu im Vorstand – Spiegel-Journalistin Angela Ölscher unterstützt, die sich seit einigen Jahren in verschiedenen DJV-Gremien wie zum Beispiel dem Fachausschuss Junge engagiert. Sie folgt auf Anne Stark, die nach zehn Jahren aus dem Vorstand ausschied. Neben den verbandlichen Formalien befasste sich die Versammlung auch mit dem von einem Bildjournalisten eingebrachten Dringlichkeits-

antrag, in dem einstimmig gefordert wurde, dass Polizei und Feuerwehr den Medien nicht länger kostenfreies Bildmaterial zur Verfügung stellen sollen. Diese Institutionen treten mit dieser Praxis wettbewerbswidrig in Konkurrenz zu Bildjournalisten (siehe auch Titelgeschichte dieser NORDSPITZE ab S. 8).

Leider sorgte am selben Tag einmal mehr ein Medienhaus dafür, dass der Mitgliederversammlung des DJV die aktuellen Themen nicht ausgehen: Wenige Stunden zuvor war bekannt geworden, dass Gruner + Jahr die Zeitschrift Neon einstellen würde. Die Forderung der Versammlung, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen andere Arbeitsplätze anzubieten, fasste Vorsitzende Marina Friedt zusammen: „Wir appellieren an G+J, sozialverträgliche Lösungen zu finden.“

Renata Green

### KN-Überwachungsaffäre

## Ermittlungen zur vermuteten Wanze eingestellt

„Abgehört und überwacht?“ Mit dieser Schlagzeile machten die Kieler Nachrichten am 15. Juli 2017 groß auf. Chefredakteur Christian Longardt äußerte den Verdacht, er und der Polizeireporter seien wegen unbequemer Recherchen zur so genannten Rockeraffäre bespitzelt worden – und zwar aus den Reihen der Landespolizei. Der DJV forderte rasche Aufklärung (NORDSPITZE 4/2017), seit Ende April liegt die abschließend vor. Weder hätten sich belastbare Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Longardts Dienstwagen mit einem Peilsender versehen wurde, noch für ein Knacken des E-Mail-Kontos des Polizeireporters. Die Ermittlungen wurden eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft hatte das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz mit den Untersuchungen beauftragt. Der von den KN eingeschaltete angebliche IT-Experte, der Signale am Auto feststellte, verfüge über „keinerlei

Ausbildung oder Spezialisierung im Bereich der Frequenzmessung“, erklärte die Staatsanwaltschaft. Die Messungen seien in einem nicht professionell abgeschirmten Raum vorgenommen worden. Erfasst worden seien Frequenzen vom Flugnavigationss-funkdienst.

Auch für die Vermutung der KN, es habe unbefugten Zugriff auf das E-Mail-Konto und das private Netzwerk des Reporters gegeben, fanden die Ermittler keine Bestätigung. So habe der Provider mitgeteilt, zu dem genannten Zeitpunkt habe es keine Einwahl gegeben. Chefredakteur Longardt kommentierte die Einstellung der Peilsender-Ermittlungen so: „Uns war klar, dass ein solcher Vorgang schwer zu beweisen sein würde. Die Einstellung ändert nichts daran, dass wir zu unserer Berichterstattung aus dem Juli 2017 stehen.“

pet

DJV Hamburg

## Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir laden Sie sehr herzlich zu unserer Sommer-Mitgliederversammlung ein

**am Mittwoch, den 22. August 2018, 19 Uhr** im

Instituto Cervantes  
Chilehaus, Eingang B  
Fischertwiete 1  
20095 Hamburg,

wo wir nach dem offiziellen Teil den Abend bei kleinen Snacks und einem Glas Sekt ausklingen lassen.

Im Mittelpunkt stehen die Ehrung langjähriger Mitglieder und die Debatte über die Hamburger Positionen für den Bundesverbandstag des DJV im November, der dann auch über unsere Anträge beraten wird.

Ihre Anträge für die Mitgliederversammlung müssen nach unserer Satzung bis spätestens 14 Tage vor der Versammlung schriftlich und begründet in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Als Tagesordnungspunkte schlagen wir vor:

- 1) Eröffnung, Begrüßung, Wahl des Tagungspräsidenten
- 2) Anträge zum Bundesverbandstag an den Landesverband
- 3) Ehrungen und Gesprächsrunde mit den Jubilaren
- 4) Nachwahl von Ersatzdelegierten
- 5) Verschiedenes

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und eine angeregte Diskussion!

Mit besten kollegialen Grüßen

Marina Friedt      Stefan Endter  
(Vorsitzende)      (Geschäftsführer)



Foto: Florian Büß/Gutes-Foto.de

## Mitgliederversammlung: Datenschutz im Fokus

Manchmal sind kleinere Runden ideal zum Diskutieren und zum Sich-Austauschen. Denn genau das stand im Mittelpunkt, als sich im April rund zwei Dutzend Journalistinnen und Journalisten zur Mitgliederversammlung des DJV Bremen in der Villa Ichon trafen. Besonders die Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung in der täglichen Praxis trieb die Anwesenden um. Zu diesem Thema wurden viele Informationen ausgetauscht. Aber auch die aktuell nicht erwünschte Berichterstattung in Form von Mitschnitten oder Videos aus den Bremer Stadtteil-Beiräten war ein Thema, dessen sich der Vorstand annehmen wird. Dieser blickte auf das vergangene Jahr zurück. 2017 hat der DJV Bremen erneut in Zusammenarbeit mit dem Bildungs- und Sozialfonds Bremer Journalisten (BISO) Seminare im Bremer Presse-Club angeboten. Außerdem hat der Verband im vergangenen Jahr in Kooperation mit dem BISO entschieden, bis zu fünf geflüchteten Journalistenkollegen eine auf zunächst zwei Jahre befristete Gastmitgliedschaft anzubieten. Bislang machte ein Kollege von dieser Möglichkeit Gebrauch, dem im vorigen Jahr der Einstieg als Volontär bei der Deutschen Welle gelungen ist. Zudem profitierte die Arbeit im Vorstand sehr von dem Engagement der 2017 neu in Vorstand und Fachausschüsse gewählten Mitglieder, die viele Themen voranbringen und zum Beispiel Gesprächsformate, wie #lassunsreden der jungen Kolleginnen Alice Echtermann und Carolin Henkenberens, initiiert haben. Auch die Pläne für 2018 sind konkret. Der nächste „Bremer Fotopreis“ ist in Vorbereitung, der ARD-Freienkongress fand gerade erfolgreich in Bremen statt – und der 70. Geburtstag des DJV Bremen steht vor der Tür. Ein Jubiläum, das mit allen Mitgliedern und Gästen am 21.

September 2018 gefeiert werden sollen. An die Versammlung schlossen sich lockere Gespräche bei Wein, Limonade und Fingerfood an, die Kolleginnen und Kollegen knüpften neue Kontakte – und damit wurde die Mitgliederversammlung einmal mehr erfolgreich zum Netzwerken genutzt.

Regine Suling



Vorstand und Fachausschusssprecher des DJV Bremen sind seit 2017 im Amt

## Wahlen, Streiks, Strukturdebatte



Foto: Pat. Scheidemann

**Vertrauensbeweis: Die Mitgliederversammlung in Kiel stimmte für personelle Kontinuität im Vorstand**

**Der Tarifkonflikt mit den Tageszeitungsverlegern war ein Thema bei der Mitgliederversammlung in Kiel, ein weiteres die Dauerfrage, wie sich der Verband für die Zukunft besser aufstellen kann. Auch die Wahl des Vorstands stand auf der Tagesordnung.**

In schwierigen Zeiten zeigt der Landesverband im Vorstand personelle Kontinuität: Der Landesvorsitzende Arnold Petersen, Redakteur der Lübecker Nachrichten, wurde ebenso wiedergewählt wie sein Stellvertreter Andreas Olbertz, Redakteur beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag. Auch Schatzmeisterin Esther Geißlinger und Beisitzerin Lucie Kluth, beide freie Journalistinnen, wurden mit großer Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt. Neu in das Gremium wählten die anwesenden Mitglieder Kai Dordowsky als Beisitzer. Dordowsky ist Lokalredakteur der Lübecker Nachrichten, Betriebsrat und auch Mitglied der DJV-Verhandlungskommission für den neuen Tarifvertrag an Tageszeitungen. Der bisherige Beisitzer Thorsten Philipps hatte nicht mehr für das Amt kandidiert.

Als Gast war DJV-Hauptgeschäftsführer Kajo Döhring ins Kieler Wissenschaftszentrum gekommen. Er berichtete vom Stand der

Tarifverhandlungen für die bundesweit 13.000 Tageszeitungs-Journalisten kurz vor der fünften Verhandlungsrunde. Döhring lobte die Warnstreiks, „die bunten und breiter sind, als ich es vorhergesagt habe“. Dass unter anderem in Schleswig-Holstein viele Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gingen (siehe S. 5), stärke die Position der Gewerkschaften. „Es ist wichtig, dass wir Sand ins Getriebe streuen und den Verlegern an vielen Orten zeigen, dass da noch mehr kommen kann, wenn sie sich nicht bewegen“, so der Gast aus dem DJV-Bundesverband.

Der Landesvorsitzende Arnold Petersen mahnte vor dem Hintergrund des Umbruchs in der Medienlandschaft zügige Entscheidungen auch über strukturelle Veränderungen im Verband an, etwa zur Zusammenarbeit von Landesverbänden. DJV-Hauptgeschäftsführer Kajo Döhring begrüßte den Reformwillen des DJV Schleswig-Holstein. Einig war man sich darin, dass das Beratungsangebot vor Ort unbedingt erhalten bleiben soll. Die Mitgliederversammlung verabschiedete auch den Jahreswirtschaftsplan 2018. Zwar steht hier unter dem Strich eine „schwarze Null“, doch das kann nicht über die strukturellen Probleme – höhere Kosten bei tendenziell sinkender Mitgliederzahl – hinwegtäuschen.

red

### ARD-Freienkongress in Bremen

## Bremer Resolution verabschiedet

Rund 130 Freie aus allen ARD-Anstalten trafen sich am 20. und 21. April in den Räumen von Radio Bremen zum ARD-Freienkongress. Er war nach Berlin und Stuttgart der dritte seiner Art, organisiert vom noch recht jungen ARD-Freienrat und einer Freien-Arbeitsgruppe bei Radio Bremen – mit starker Beteiligung von Kolleginnen und Kollegen des DJV. Neben der Diskussion aktueller Problemthemen – wie drohenden neuen Sparrunden im Zuge der großen ARD-Strukturreform – stand beim ARD-Freienkongress vor allem das „Networking“ im Mittelpunkt. Denn die Arbeitsbedingungen für Freie und der rechtliche Rahmen für ihre Interessenvertretung sind aufgrund der föderalen ARD-Struktur derart unterschiedlich, dass der gegenseitige Austausch und die gemeinsame Diskussion für die Verbesserung der Lage von Freien grundlegend sind.

Der Kongress wird auch besser wahrgenommen, mehrere Medienmagazine und -sendungen berichteten über das Treffen. Erstmals vergeben wurde der Preis „Das dicke Brett“ für eine erfolgreiche Interessenvertretung von Freien. Der ging dieses Jahr an den Rundfunk Berlin Brandenburg. Die „Legalize-it-Kampagne“ der Freien beim rbb wurde für ihren erfolgreichen Einsatz für rund 500 sogenannte „nicht programmgestaltende Freie“ ausgezeichnet. Innerhalb eines Jahres hatten die Kolleginnen und Kollegen einen vorbildlichen Bestandsschutz-Tarifvertrag erstritten, der Kameraleuten, Cuttern und vielen anderen Freien ihre Beschäftigung bis zur Rente garantiert. Unter [www.ard-freie.de/freienkongress-2018](http://www.ard-freie.de/freienkongress-2018) gibt es weitere Informationen. Verabschiedet wurde auf dem Kongress die Bremer Resolution zur Lage der ARD-Freien und den anstehenden Aufgaben.

Peter Meier-Hüsing

11. Netzwerktag für Freie

# Weiterbildung im kleinen, feinen Kreis



Fotos: Florian Büh/www.Gutes-Foto.de

Webdesignerin Tanja Seetzen in Großaufnahme und live

Die DSGVO – die ja in dieser Ausgabe der NORDSPITZE mehrfach zur Sprache kommt – durfte natürlich auch beim diesjährigen Netzwerktag für Freie nicht fehlen. Schon in der Keynote, die der Hamburger DJV-Geschäftsführer Stefan Endter zur Einstimmung vor den rund 30 Kolleginnen und Kollegen hielt, ging es um die Auswirkungen auf die journalistische Fotografie. Und natürlich gab es hier die ersten Nachfragen. Am Nachmittag referierte dann Endters Kollegin, DJV-Justiziarin Anja Westheuser, über die Verordnung und bot ausgiebig die Möglichkeit, Fragen zum leidigen Thema zu stellen: Somit verließen dann die letzten Teilnehmenden das Chilehaus, in dem zehn der elf bisherigen Netzwerktage stattgefunden hatten, erst gegen halb acht. Zwischen diesen juristischen Blöcken war viel Raum für kollegiale Begegnungen – ob beim gemeinsamen Frühstück oder

am schon traditionellen Suppenbuffet. Den thematischen Schwerpunkt des bereits elften Netzwerktages bildete der – multimediale – Online-Journalismus. Deshalb vermittelte die Wiener „Groschenphilosophin“, Journalistin und Buchautorin Bianca Jankovska, worin der Unterschied zwischen Texten fürs Papier und fürs Internet bestehen sollte und gab in einem zweiten Workshop gleich noch praxisnahe Tipps fürs erfolgreiche „Pitching“, d.h., wie man die guten Texte dann auch in den Redaktionen unterbringt.

Wie multimediale Beiträge konzipiert und produziert werden, das vermittelte Jannis Frech. Es hätte dafür auch kaum einen Besseren geben können als ihn, der viele Jahre als Stern-Videoeditor tätig gewesen ist und heute sein Können auch als Dozent an der Universität Hamburg weitergibt. Wie man sich optimal im Netz präsentiert – ob nun in den sozialen Medien oder mit einem eigenen, ansprechenden Blog – das konnten die Kolleginnen und Kollegen zum wiederholten Mal bei der „Profilagentin“ und Social Media-Expertin Kixka Nebraska checken. Webdesignerin Tanja Seetzen stellte dann Templates, Widgets und Tools für Wordpress vor, mit denen Bloggen noch mehr Spaß macht.

Offen blieb an diesem 11. Juni für alle nur eine einzige Frage: Weshalb nicht mehr Kolleginnen und Kollegen dieses Angebot des DJV Hamburg zur Weiterbildung und Vernetzung wahrnehmen. Vielleicht ja im nächsten Jahr.



Pitchen bei Bianca Jankovska

Renata Green

## AUSSCHREIBUNG

### Erich-Klabunde-Preis 2019

Es ist wieder soweit: Vom 16. Juli 2018 an können

- Reportagen, Serien, Hintergrundberichte als Text und/oder Bild, keine Bücher
- mehrere Arbeiten derselben Autorin/desselben Autors oder Autorenteam

eingereicht werden. Es ist sowohl möglich, sich selbst zu bewerben, als auch Autorinnen und Autoren vorzuschlagen.

Ausgezeichnet werden herausragende journalistische Arbeiten, die

- sozialkritisch bzw. -politisch sind
- einen besonderen Bezug zu Hamburg haben
- in den letzten zwei Jahren vor Ausschreibungsbeginn am 16.07.18 veröffentlicht wurden

Einsendeschluss ist der 1. Oktober 2018\* (Eingang in der Geschäftsstelle des DJV Hamburg).

Auf den eingereichten Arbeiten muss vermerkt sein, wann und wo sie veröffentlicht wurden, und ein kurzer Lebenslauf soll beiliegen.

Die Unterlagen werden einer prominent besetzten Jury vorgelegt werden, die über die Vergabe des mit 2.500 € dotierten Preises entscheidet. Die Entscheidung der Jury ist endgültig, der Preis kann geteilt werden, und der Rechtsweg ausgeschlossen.

Der Preis wird in einem festlichen Rahmen übergeben.

#### Einsendungen richten Sie bitte an:

DJV-Landesverband Hamburg  
Stichwort: Erich-Klabunde-Preis  
Rödingsmarkt 52, 20459 Hamburg

Das Statut des Preises und weitere Informationen finden Sie unter <http://bit.ly/DJV-EKP>.

\*Weil in diesem Jahr das gemäß Statut festgelegte Ausschreibungsende auf ein Wochenende fällt, wird das Abgabedatum entsprechend auf den nächsten Werktag verschoben.



Foto: George Hlemann

# Viel Aufregung um – was eigentlich?

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist nun seit mehreren Wochen wirksam und wir wissen: Es hat sich nicht viel geändert – jedenfalls nicht für Journalisten. Die DSGVO regelt die Datenverarbeitung von Journalisten nicht selbst, sondern verpflichtet in ihrem Artikel 85 die EU-Mitgliedstaaten, Regelungen zu schaffen, die den Schutz personenbezogener Daten in Einklang bringen mit der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit, sprich: Für Journalisten, ob in Redaktionen oder frei, muss es Ausnahmen von der DSGVO geben, die sicherstellen, dass sie ihre verfassungsrechtlich verbürgte Aufgabe erfüllen können. Solche Regelungen, Presse- bzw. Medienprivileg genannt, gibt es in Deutschland seit langem, und es gibt sie auch unter der DSGVO. Vor allem Landespressesetze und Rundfunkstaatsvertrag bestimmen, dass für die Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken praktisch nur das Datengeheimnis und die Datensicherheit wichtig sind, d.h. personenbezogene Daten dürfen nur zu journalistischen und nicht zu Werbezwecken verwendet werden, dabei gehören sie in den Schrank, nicht in die Kneipe. Recherche und Berichterstattung unterliegen wie bisher dem Presse- und Medienrecht, und nicht der DSGVO. Betroffene haben grundsätzlich keinen Anspruch auf Auskunft, welche personenbezogenen Daten Journalisten verarbeiten.

Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben ihre Landespressesetze rechtzeitig zum 25. Mai überarbeitet – allerdings mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen: Während Redaktionen in Bremen und Schleswig-Holstein der Aufsicht durch Datenschutzbehörden ohne Bedingungen entzogen und etwaige Datenschutzverstöße nur gerichtlich im Wege einer Unterlassungs- oder Schadensersatzklage durchsetzbar sind, gilt das in Hamburg neuerdings nur bei Teilnahme an der

Selbstkontrolle des Presserates – das ist eine unangemessene und europarechtlich nicht erforderliche Beschränkung der Pressefreiheit. Auch, wenn die Teilnahme an der freiwilligen Selbstkontrolle des Presserates eindeutig besser ist als eine staatliche Aufsicht, fordern DJV und Verlegerverbände: Hamburg muss das Presseprivileg „wie bisher“, also ohne Bedingungen fortschreiben, mindestens aber zweifelsfrei sicherstellen, dass die Neuregelung den Presserat dauerhaft als echte freiwillige Selbstkontrolle anerkennt und nicht zu einer Ersatz-Datenschutzbehörde umfunktioniert.

Für jeden, also auch für Journalisten, gelten folgende Anforderungen der DSGVO: (1) Personenbezogene Daten müssen so verarbeitet werden, dass „Integrität und Vertraulichkeit“ gesichert sind, d.h. sie müssen vor unbefugter Verarbeitung und vor unbeabsichtigter Veränderung oder Zerstörung geschützt werden, das gehört zu den sogenannten technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOM). Welche Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet werden („Informanten“), zu welchem Zweck („journalistisch“), ob Dritte beteiligt sind, etwa bei Arbeit in der Cloud, müssen auch Journalisten in einem Verarbeitungsverzeichnis notieren, das sie aber auf keinen Fall veröffentlichen, sondern im Schrank verstecken. (2) Website-Inhaber veröffentlichen deutlich sichtbar, am besten beim Impressum, eine Datenschutzerklärung, in der sie angeben, welche personenbezogenen Daten beim Besuch ihrer Website verarbeitet werden und wofür.

Weitere allgemeine Informationen zur DSGVO halten wir unter [www.djv-hamburg.de](http://www.djv-hamburg.de) bereit, sie sind zur Orientierung gedacht und ersetzen keine individuelle rechtliche Beratung.

Anja Westheuser

## Aktueller Rechtsfall

### Zeitschrift veröffentlicht Facebook-Foto und zahlt Schadenersatz

Collage: Rainer Mersmann



Teures Gratis-Foto: Redaktion bediente sich bei Facebook

Wer vermeintlich zunächst Kosten spart, zahlt häufig später drauf. Diese Erfahrung musste jetzt auch die Redaktion eines Yellowpress-Titels machen. Dort hatte man entschieden, einen Zeitschriftenbeitrag über die Beziehung eines jungen Sportlers zu der Tochter eines prominenten Rennfahrers mit einem Foto des jungen Mannes zu illustrieren. Statt Rechte einzukaufen und die Einwilligung des Abgebildeten einzuholen, bediente man sich auf der Facebook-Seite des Sportlers. Der Abgebildete klagte auf Unterlassung und Schadensersatz – zu Recht, wie das Hamburger Landgericht entschied (LG Hamburg, Urteil v. 12.06.2017 – Az 324 O 570/16). Den Unterlassungsanspruch stützte das Gericht auf die Regelungen des Kunsturheberrechtsgesetzes (KunstUrhG). In seinem Urteil verweist das Gericht darauf, dass Paragraph 22 KunstUrhG grundsätzlich eine Einwilligung der abgebildeten Person verlangt: „Zwar hat der Kläger die beiden Bilder selbst auf Facebook hochgeladen. Hierin liegt aber keine Einwilligung in jede Art der Verbreitung.“ Mit der Facebook-Publikation habe der Kläger kein Einverständnis in eine Zeitschriftenveröffentlichung gegeben – auch nicht durch schlüssiges Handeln. Zwar ist eine Einwilligung nach Paragraph 23 KunstUrhG ausnahmsweise überflüssig – aber nur, wenn die dort geregelten Ausnahmetatbestände greifen. Dies trifft beispielsweise zu, wenn das Personenbild dem Bereich der Zeitgeschichte zuzuordnen ist und berechtigte Interessen des Abgebildeten nicht verletzt werden. Zentral ist dabei der Bezug zum Zeitgeschehen, wobei der Begriff – so das Landgericht – eher weit auszulegen ist („ausreichender Spielraum“ für die Presse innerhalb der gesetzlichen Grenzen). Im konkreten Fall kam das Gericht zu einem eindeutigen Ergebnis: „Aus den Bildnissen ergibt sich ein zeitgeschichtliches Ereignis nicht. Das Posieren mit Freunden stellt lediglich ein altersgerechtes Verhalten dar, dessen öffentliche Erörterung der Kläger nicht hinzunehmen braucht.“ Die Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung führte zudem zum Schadensersatzanspruch des Klägers. Die durch die Nutzung des Fotos möglicherweise begangene Urheberrechtsverletzung war – so weit ersichtlich – nicht Gegenstand des Rechtsstreits.

Stefan Endter



Praxis-Workshop „Mobile Reporting“ in Kiel

# Neues Workshop-Angebot mit viel Praxisbezug

Foto: Beatrix Richter



Ganze Filme auf dem Smartphone drehen, schneiden und direkt verschicken ist dank Apps wie Kinemaster kein Problem

## Videodreh mit dem Smartphone

„Video ist das Medium unserer Zeit“, betonte Journalist und Dozent Matthias Süßen im Mai beim gemeinsamen Workshop „Mobile Reporting“ von DJV und J-School (Fachhochschule Kiel). Und dank der neuen Technik lassen sich Filme heute gut mit dem Smartphone drehen. Worauf es dabei ankommt, erklärte er vor allem praktisch. Am Ende hatten alle zwölf Teilnehmer einen eigenen Film auf ihrem Smartphone gedreht und geschnitten.

Ein Stativ, ein externes Mikrofon und ein Brillenputztuch empfahl Süßen als absolute Grundausstattung für wackelfreie, scharfe Bilder und guten Ton. Zusätzliches Equipment wie Selfiestick, Handgriffe, Powerbank oder Linsen erweitern die Möglichkeiten. Vieles davon konnten die Teilnehmer beim Dreh selbst ausprobieren. „Überlegt euch die Geschichte, führt ein Interview und dreht dann weitere Bilder, die das zeigen, worüber im Interview gesprochen wurde“, riet Süßen und gab auch allgemeine Hinweise zu Bildaufbau, Licht und Blickführung. Eine ungewöhnliche,

überraschende Perspektive sollte immer mit dabei sein. Die kleinen Smartphones ermöglichen dabei Einstellungen, die mit großen Kameras nicht gehen würden.

## Kostenfreie Kamera- und Schnitt-Apps

Sowohl für Android-Geräte als auch iPhones stellte Süßen verschiedene, kostenfreie Apps zum Filmen und Schneiden vor. „Mit Quick könnt ihr aus euren Fotos und Videos automatisch kurze Filme erstellen lassen, inklusive Text und Musik. Perfekt, um einen ersten Eindruck von Veranstaltungen zu vermitteln“, erklärte Süßen. Die hinterlegten Musiken seien lizenzfrei, aber es lohne sich immer mal wieder, in die Bedingungen der Apps zu schauen. „Kauft ruhig auch mal die eine oder andere App, die ihr gut findet, da steckt viel Arbeit drin“, riet er. Ein weiterer Vorteil: Die Filme können dann auch ohne Logo der Apps verwendet werden. Auf seiner Internetseite [www.matthias-suessen.de](http://www.matthias-suessen.de) stellt der Experte verschiedene Tools und Zubehör zum Mobile Reporting vor und berichtet über seine eigenen Erfahrungen und Projekte.

Beatrix Richter

VG Wort

## Grünes Licht für neuen Verteilungsplan

Auf einen neuen Verteilungsplan haben sich die Mitglieder der VG Wort am 9. Juni in Berlin verständigt. Aufgrund der verstärkten Bildung von Redaktionsgemeinschaften und Mantelteilen wie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland und Funke erreichen Zeitungsartikel häufig sehr hohe Auflagen. Mit einem überarbeiteten Punktesystem, Berechnungsgrundlage für die Ausschüttungen an Autorinnen und Autoren, berücksichtigt der neue Verteilungsplan diese Veränderungen. Bislang gab es ab einer Auflage von 500.000 Exemplaren die höchste Punktzahl (15 Punkte). Jetzt gewährt die VG Wort für noch höhere Auflagen weitere Punkte und damit höhere Ausschüttungen für Journalistinnen und Journalisten. Wer einen Artikel in einer Zeitung mit mehr als 600.000 Exemplaren Auflage veröffentlicht, erhält künftig 17 Punkte, liegt die Auflage bei mindestens 700.000 Exemplaren gibt es 19, bei mehr als 800.000 Auflage 21 Punkte. Für Online-Texte, die mindestens 1800 Zeichen haben und auf die 2017 mindestens 1500 Mal zugegriffen wurde, gibt es 29,40 statt bisher 23,80 Euro. In der Sonderausschüttung für Texte ohne Zugriffszählung steigt der Sockelbetrag von 10 auf 13 Euro – das Maximum wird von 960 auf 1248 Euro angehoben. Tantiemen für Online-Texte vergütet die VG Wort über das Meldesystem METIS. cp



Foto: Claudia Piuntek

Die Mitglieder votierten für neue Auflagenstaffeln

DJV Bremen

## Netzwerke aufbauen und Informanten finden

Wie baut man Netzwerke auf, wie findet man Informanten? Auf diese Fragen wollte Peter Hornung Antworten liefern, als er im Mai auf Einladung des DJV Bremen ein Seminar in der Villa Ichon gab. Seit 2009 ist Peter Hornung im Reporterpool von NDR Info und beschäftigt sich mit Recherchen zu zahlreichen Themen, mit den Schwerpunkten auf Wirtschaft, Verbraucherschutz und Datenschutz. Während des Seminars plauderte er ein wenig aus dem beruflichen Nähkästchen, gab aber auch dem Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Bremen und Niedersachsen gleich Links zu hilfreichen Suchmaschinen und erste Rechercheauf-

träge an die Hand. Ein Themenbeispiel: Ein Großlabor soll illegale Tierversuche mit Primaten machen. Stimmt das? Zunächst gelte es, den Kreis möglicher Akteure zu identifizieren – und ihre Bereitschaft, über das Thema mit Journalisten zu sprechen. Zudem können geltende Gesetze erste Recherche-Ansätze liefern. Auch eine Nachfrage bei Polizei oder Staatsanwaltschaft lohne sich. Wen spricht man zuerst an? Und wie macht man das am besten? Besonders naheliegend in diesem Fall: das Gespräch mit den Nachbarn des Labors. Und mit ehemaligen Mitarbeitern und der Aufsichtsbehörde. Bei allen Recherchen sei insbesondere Empathie

wichtig, um die Perspektive zu wechseln und sich zu überlegen, an welcher Stelle man sein Gegenüber am besten abholt, um die gewünschte Information zu erhalten. Hier sei es hilfreich, geeignete Gesprächspartner zum Beispiel über das Organigramm einer Behörde zu ermitteln, das in vielen Fällen auch über die Internetseite zu finden ist. Bei einer Kontaktaufnahme gelte es dann, so Hornung, auf vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen: nicht mit unterdrückter Nummer anzurufen, sich und sein Medium vorzustellen und offen zu sagen, wofür man die Informationen benötigt.

Regine Suling

# Soziale Schicksale im Mittelpunkt

Die Sieger des DRK-Medienpreises für das Jahr 2018 stehen fest: Aus 277 Einsendungen wählte die unabhängige Bremer Jury Beiträge aus, die aktuelle sozialpolitische Themen beleuchten und Menschen zeigen, die sich in unvorhergesehenen Lebenssituationen befinden. Ende Mai fand die Preisverleihung in der Bremer Landesvertretung in Berlin im Beisein von DRK-Präsidentin Gerda Hasselfeldt und Bürgerschaftspräsident Christian Weber statt. Durch den Abend führte in gewohnter Manier Maybrit Illner, Botschafterin des Deutschen Roten Kreuzes. In der Kategorie Print gewann Caterina Lobenstein mit ihrem Zeit-Artikel „Warum verdient Frau Noe nicht mehr?“, die Kategorie Fernsehen entschied Mark Michel mit seinem Film „Sandmädchen“ für sich, in dem es um eine junge Autorin geht, die weder laufen noch sprechen kann, die Zuschauer aber in die Welt ihrer Gedanken und Gefühle mitnimmt. In der Kategorie Hörfunk gewann Marie von Kuck mit ihrem Feature „Weinen hilft dir jetzt auch nicht“ über Gewalt in der Geburtshilfe.

In einem mehrstufigen Auswahlverfahren verständigte sich die Jury unter Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, Christian Weber, zuvor auf die diesjährigen Preisträger. Die achtköpfige Jury aus Journalisten aller Sparten war sich einig: „Die ausgezeichneten Arbeiten überzeugen durch ihre hohe gesellschaft-



Von links: Torsten Meinberg (Sponsor Lotto Deutschland), René Benkenstein (Vorsitzender DRK-Kreisverband Bremen), Marie von Kuck (Preisträgerin Hörfunk), Mark Michel (Preisträger TV), Caterina Lobenstein (Preisträgerin Print), Gerda Hasselfeldt (DRK-Präsidentin) und Maybrit Illner (DRK-Botschafterin und Moderatorin der Verleihung)

liche Relevanz, ihre Eindringlichkeit der Perspektiven und Qualität der Darstellung. Die Wirkung der Beiträge auf das gesellschaftliche Bewusstsein machen sie zu verdienten Gewinnern des DRK-Medienpreises 2018.“ Zum zwölften Mal würdigte das Deutsche Rote Kreuz mit dem DRK-Me-

dienpreis journalistische Arbeiten, die sich mit den Grundsätzen des Roten Kreuzes beschäftigen. Der DRK-Medienpreis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert und wird jährlich vergeben – in diesem Jahr zum dritten Mal.

Regine Suling

## Journalistenpreise und Stipendien Eine Frage der Ehre

Wenn es um Ehre und Auszeichnungen geht, wird im Norden oftmals vornehme Zurückhaltung geübt. Dabei ist es vor allem für Freie wichtig, durch einen entsprechenden Punkt im Lebenslauf aus der Masse hervorstechen. Zudem sind aufgrund der zunehmenden Zurückhaltung der Medienunternehmen bei der Finanzierung von Recherche vor allem Freie und zunehmend auch Feste darauf angewiesen, ihre Arbeit fremd zu finanzieren. Daher seien hier in paar Tipps in Sachen Stipendien und Preise benannt.

Neben dem vom DJV Hamburg ausgeschriebenen Erich-Klabunde-Preis (s. Ausschreibung S. 16), schreiben der DJV Bremen seit 2011 den Bremer Fotopreis und der DJV Schleswig-Holstein seit 2015 einen Preis für Beiträge zu einem aktuellen Thema aus, in diesem Jahr „Digitalisierung“.

Die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Fotografen wird auch dotiert, beispielsweise durch den Hansel-Mieth-Preis. Der nach der Fotografin Johanna („Hansel“) Mieth benannte Preis wurde in diesem Mai zum 20. Mal vergeben. Unter den Preisträgern sind auch einige bekannte Erich-Klabunde-Preisträger wie Barbara Hardinghaus und Jonathan Stock.

Nach dem Tod eines Stern-Teams im Kosovo wurde das Gabriel-Grüner-Stipendium für das beste Exposé ausgeschrieben, das 2019 zum 20. Mal vergeben wird. Unterstützung erhalten Journalistinnen und Journalisten zudem durch das Recherchestipendium des Netzwerks Recherche sowie das Programm „Grenzgänger“ der Robert-Bosch-Stiftung. Gefördert werden internationale Rechercheaufenthalte von Autoren, Filmemachern und Fotografen, die relevante gesellschaft-

liche Themen und Entwicklungen aufgreifen und sich differenziert mit anderen Ländern und Kulturen auseinandersetzen wollen. Ziel des Bosch-Programms ist es, „die Entstehung künstlerischer Werke zu unterstützen, die bestehende Stereotype durchbrechen und einem breiten Publikum neue Perspektiven auf die Vielfalt und Vielschichtigkeit anderer Gesellschaften öffnen.“ Allerdings muss bei der Bewerbung schon eine Auftragsbestätigung zur potenziellen Veröffentlichung vorliegen.

Für all diejenigen, die sich mal konzentriert der Literatur oder dem politischen Kabarett widmen möchten, ist die Roger-Willemsen-Stiftung ein guter Tipp. Gefördert von Willemsens Freund Nikolaus Gelpke (Erich-Klabunde-Preis-Laudator 2016) werden Aufenthaltsstipendien in der Willemsen-Villa vom Mare-Verlag übernommen.

Die Künstlervilla in Wentorf bei Hamburg, Willemsens früheres Wohnhaus, soll Autoren inspirieren und könnte für Kolleginnen und Kollegen, die auf ihren letzten Lebensabschnitt zusteuern, womöglich auch einen geeigneten Rahmen bieten, um den eigenen Nachlass zu ordnen.

Marina Friedt



Das Programm fördert Rechercheaufenthalte im Ausland

# DJV-Veranstaltungsvorschau für Herbst 2018



Foto: Florian Bühl/Gutes-Foto.de

**Montag, 16. Juli**  
**Ausschreibungsbeginn**  
**Erich-Klabunde-Preis 2019**

**Mittwoch, 22. August**  
**Sommer-Mitgliederver-**  
**sammlung DJV Hamburg**

19 Uhr, Instituto Cervantes  
Fischertwiete 1 / Chilehaus Eingang B,  
20459 Hamburg

**Freitag, 21. September**  
**Jubiläumsfeier**  
**„70 Jahre DJV Bremen“**

ab 19 Uhr, Café Sand  
Strandweg 106, 28201 Bremen

**Freitag, 21. September**  
**Praxisworkshop:**  
**Statistik für Journalisten**

Referent: Björn Christensen  
9 bis 16 Uhr, Campus Fachhochschule Kiel  
Anmeldung über DJV Schleswig-Holstein  
[www.djv-sh.de](http://www.djv-sh.de)

**Montag, 1. Oktober**  
**Einsendeschluss Erich-**  
**Klabunde-Preis 2019**

**Sonntag/Montag, 4./5. November 2018**  
**Bundesverbandstag**  
**in Dresden**

**Freitag, 16. November 2018**  
**Praxisworkshop: Finden**  
**statt suchen – gezielte**  
**Recherche mit Google,**  
**sozialen Netzwerken**  
**und mehr**

Referent: Marcus Lindemann  
9 bis 16 Uhr, Campus Fachhochschule Kiel  
Anmeldung über DJV Schleswig-Holstein  
[www.djv-sh.de](http://www.djv-sh.de)

Aktuelle Informationen über die Veranstaltungen  
sind auf den Webseiten der Landesverbände abrufbar:

[djv-bremen.de](http://djv-bremen.de)  
[djv-hamburg.de](http://djv-hamburg.de)  
[djv-sh.de](http://djv-sh.de)